

# Occupy Frieden

Eine Befragung von Teilnehmer/innen der  
„Montagsmahnwachen für den Frieden“

FORSCHUNGSBERICHT

Autor/innen:

Priska Daphi, Dieter Rucht, Wolfgang Stuppert, Simon Teune und Peter Ullrich



16. Juni 2014

Zentrum Technik und Gesellschaft, Technische Universität Berlin  
Bereich Soziale Bewegungen, Technik, Konflikte

In Kooperation mit dem Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V.

<http://protestinstitut.eu>

## Inhalt

1.	Einleitung.....	3
2.	Die Methode der Demonstrationsbefragung.....	6
3.	Wer geht zu den Montagsmahnwachen?.....	8
4.	Mobilisierung und politische Aktivität der Teilnehmer/innen.....	11
5.	Ziele und Anliegen.....	14
6.	Links und Rechts - überholte Kategorien? .....	18
7.	Einstellungen zu Demokratie, Institutionen und politischer Praxis.....	23
8.	Abschließende Deutung .....	28

## 1. Einleitung

Seit dem Frühjahr 2014 bildete sich angesichts der Zuspitzungen in der Ukraine-Krise eine neue Protestbewegung in der Bundesrepublik. Unter der Bezeichnung „Montagsmahnwachen für den Frieden“ verbreitete sich die Bewegung von Berlin ausgehend über viele weitere Städte. Von Beginn an waren die Montagsmahnwachen umstritten. So steht vor allem der Vorwurf der Rechtslastigkeit, bzw. der Offenheit für rechtsextreme Argumentationen und Personen im Raum. Organisator/innen und Teilnehmer/innen der Mahnwachen, aber auch Unterstützer/innen aus der linken Szene, weisen diese Vorwürfe zurück. Sie werben dafür, die Bewegung nicht pauschal zu verurteilen, und sehen die Kritik als bewusst gestreute Fehlinformation.

Die bisherigen, polarisierten Einschätzungen basierten im Wesentlichen auf drei Quellen: den hör- und sichtbaren Aussagen auf den Mahnwachen (Reden, Plakate, Flugblätter), Wissen über bekannte Einzelpersonen und veröffentlichte Beiträge auf Webseiten und in Internetforen im weiteren Umfeld der Bewegung. Bei all diesen Quellen, besonders aber den beiden letztgenannten, ist unklar, inwiefern sie die Teilnehmer/innen auf der Straße repräsentieren. Über die meisten Besucher/innen der Mahnwachen wissen wir äußerst wenig. Welche Anliegen bringen die Leute zu den Mahnwachen? Wie sind sie politisch eingestellt? Wie schätzen sie die aktuelle Situation ein? Aus welchen (politischen oder sozialen) Netzwerken heraus wurden sie mobilisiert? Welchen sozialen Schichten und Milieus gehören sie an? Wie unterscheiden sie sich von den Teilnehmenden anderer Proteste und von der Gesamtbevölkerung?

Diese und weitere Fragen haben Sozialwissenschaftler/innen des Zentrums Technik und Gesellschaft in einer Befragung unter Teilnehmer/innen der Montagsmahnwachen in sieben deutschen Städten untersucht, die in Zusammenarbeit mit dem Verein für Protest- und Bewegungsforschung realisiert wurde. Dieser Bericht fasst eine erste Auswertung der Ergebnisse zusammen. Nach einem kurzen Blick auf Geschichte und Kontext der Bewegung (1) und die methodische Anlage der Befragung (2) widmen sich die folgenden Abschnitte einzelnen Themenschwerpunkten, wie der sozialen Herkunft und Zusammensetzung der Teilnehmer/innen (3), ihren bisherigen politischen Erfahrungen und Mobilisierungshintergründen (4), den Zielen des Protests (5), der Einordnung der Teilnehmenden auf der Links-Rechts-Skala (6), sowie Einschätzungen von Demokratie, Institutionen und eigener politischer Handlungsfähigkeit (7). Der letzte Abschnitt (8) fasst die Ergebnisse zusammen.

### *Hintergrund*

Im März 2014 fand die erste Montagsmahnwache für den Frieden in Berlin statt. Organisiert wurde sie, wie auch die Folgeveranstaltungen, von Lars Mährholz, der zum Gesicht der Bewegung wurde und auch weiterhin eine zentrale Figur bleibt.<sup>1</sup> Nach Selbstauskunft gibt es mittlerweile Montagsmahnwachen in 88 Städten in Deutschland, Österreich und der Schweiz.<sup>2</sup> Die Assoziation zu anderen Montagsdemonstrationen (1989 in der DDR, ab 2004 gegen die Agenda 2010 sowie zu verschiedenen lokalen Themen) ist sicherlich kein Zufall und durchaus förderlich für die Wahrnehmbarkeit und mediale Vermittlung des neuen Phänomens. Direkte Kontinuitäten und Bezugnahmen spielen jedoch bestenfalls eine untergeordnete Rolle. Der Entstehungskontext der Montagsmahnwachen ist die Zuspitzung der Ukraine-Krise: der Sturz der ukrainischen Regierung unter Präsident Janukowitsch durch eine sehr heterogene Protestbewegung auf dem Maidan-Platz, die Einsetzung einer neuen Regierung unter Beteiligung der rechtsextremen Partei Swoboda, das Auftreten russisch-nationalistischer Separationsbewegungen und schließlich die Annexion der bis dato ukrainischen Halbinsel Krim durch die Russische Föderation, die Bestrebungen Russlands sowie der NATO und der

---

<sup>1</sup> <http://maehrholz.net/> [2014-06-09].

<sup>2</sup> <http://world-wide-vote.com/mahnwachen/> [2014-06-09]. Wir haben nicht überprüft, an wie vielen Orten die Aktivitäten anhalten, ob also in allen diesen Städten regelmäßig Montagsmahnwachen abgehalten werden.

EU zu Aufrüstung der Region und die Einflussnahme verschiedener nationaler und internationaler Institutionen im Konflikt.

Diese zugespitzte Lage war für Initiator Lars Mährholz der Anlass, die Mahnwachen ins Leben zu rufen. Die Deutung des Konfliktes kommt im ursprünglichen, auf Facebook verbreiteten, Motto der Mahnwachen zum Ausdruck:

AUFRUF ZUM FRIEDLICHEN WIDERSTAND! FÜR FRIEDEN! IN EUROPA! AUF  
DER WELT! FÜR EINE EHRLICHE PRESSE! & GEGEN DIE TÖDLICHE POLITIK DER  
FEDERAL RESERVE (einer privaten Bank)!

*Die Orthographie entspricht hier und in allen folgenden Zitaten dem Original*

Als zentraler Akteur im Ukraine Konflikt wird die Federal Reserve (US-Notenbank Federal Reserve System) benannt, die hinter der kriegesischen Außenpolitik der USA stehe. Als „private Bank“ verantwortete sie ein „Schuldgeldsystem“.<sup>3</sup> Die Politik der Federal Reserve und die Kriegsabsichten der europäischen und US-Regierungen würden in der Medienberichterstattung verschleiert. Diese Deutung wird durch eine Vielzahl weiterer Themen und Anliegen ergänzt, die auf den Montagsmahnwachen ebenfalls Raum finden (s. Abschnitt 5).

Diese Deutung des Ukraine-Konfliktes auf den Montagsmahnwachen wurde zum Gegenstand einer medialen Debatte, angestoßen durch ein Interview mit der Publizistin Jutta Ditzfurth in der 3sat-Sendung Kulturzeit.<sup>4</sup> Ditzfurth erklärte, die Demonstrierenden bedienten sich rechtslastiger Argumentationsmuster und gingen auf ein loses Netzwerk von Personen mit antizionistischer und antiamerikanischer Agenda zurück. Andere Medien<sup>5</sup> machten sich diese Kritik im Wesentlichen zu eigen. Die Teilnahme von rechtsextremen Kadern und des ehemals linken Publizisten Jürgen Elsässer, der eine Querfront, d.h. eine Zusammenarbeit zwischen Rechten und Linken beschwört, befeuerte die Kritik. Dazu kam die Beteiligung von Verschwörungstheoretiker/innen, etwa aus der Reichsbürgerbewegung (von denen sich die Mahnwachenorganisator/innen später distanzierten) oder Anhänger/innen des Glaubens an Chemtrails (Kondensstreifen von Flugzeugen, die die Bevölkerung vergiften sollen). Angesichts dieser Melange warnten Vertreter/innen der ‚alten‘ Friedensbewegung<sup>6</sup> sowie linker Parteien und Organisationen wie Attac<sup>7</sup> und DIE LINKE<sup>8</sup> vor einer Beteiligung an den Protesten. An mehreren Orten werden die Mahnwachen oder die Auftritte einzelner Redner wie Ken Jepsen oder Jürgen Elsässer von Gegenprotesten begleitet. Die linke Kritik an den Mahnwachen findet, wie die Mahnwachen selbst, verstärkt in sozialen Medien statt. Blogs und Facebook-Seiten sammeln Zitate und Hintergründe über einzelne beteiligte Personen.<sup>9</sup> Unter dem Hashtag #montagsquerfront tauschen sich die Kritiker/innen auf Twitter aus.<sup>10</sup> Jeden Montag findet sich hier eine Live-Berichterstattung zu den Protesten. Während ein erheblicher Teil der Linken auf Abstand zu den Mahnwachen bleibt, riefen andere, nicht zuletzt bekannte Einzelaktivist/innen von Attac, der Partei DIE LINKE, der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK) und der Interventionistischen Linken zur Unterstützung der Bewegung

<sup>3</sup> Aus dem „Aufruf zum friedlichen Widerstand“: „Es wurden in den letzten 2000 Jahren genug Kriege geführt, Kriege die auf einem Schuldsystem aufgebaut sind und auch Kriege die religiöser Natur waren, haben zahlreich stattgefunden. Das Schuldgeldzinssystem ist schon fast so alt wie die Menschheit selbst. Es wurde nur in den letzten hundert Jahren explizit optimiert. Und hier sprechen wir von der FED. Dieses Schuldgeld-System bricht gerade in sich zusammen. Wollen wir weiter Kriege führen, wollen wir weiter einen Ballon aufblasen, der zu platzen droht und in ein Desaster führt?“, <http://worldwide-vote.com/> [2014-06-09].

<sup>4</sup> <http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=43135> [2014-06-13]

<sup>5</sup> Vgl. u.a. [http://www.deutschlandfunk.de/montagsdemos-ein-bisschen-frieden.1818.de.html?dram:article\\_id=283526](http://www.deutschlandfunk.de/montagsdemos-ein-bisschen-frieden.1818.de.html?dram:article_id=283526); <http://www.vice.com/de/read/montagsdemo-initiator-lars-maehrholz-verschweigt-seine-rechte-vergangenheit-kenfm-juergen-elsaesser> [2014-06-09].

<sup>6</sup> Bspw. Peter Strutynski, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag <http://www.neues-deutschland.de/artikel/933668.wie-das-kaninchen-auf-die-schlange.html> [2014-06-09].

<sup>7</sup> <http://www.attac.de/startseite/detailansicht/news/attac-warnt-vor-rechten-montagsdemonstrationen/> [2014-06-09].

<sup>8</sup> <http://www.die-linke.de/index.php?id=14530> [2014-06-09].

<sup>9</sup> Z.B. <https://www.facebook.com/kentrails>, <https://www.facebook.com/friedensdemowatch> [2014-06-15]

<sup>10</sup> <https://twitter.com/search?q=%23Montagsquerfront>

auf; an einzelnen Orten nehmen Aktivist/innen aus dem linken Spektrum auch eine zentrale Rolle bei der Organisation der Proteste ein.<sup>11</sup>

Diese Situation ist ungewöhnlich. Links-Rechts-Unterscheidungen und die Zugehörigkeit zu entsprechenden Organisationen scheinen das Phänomen Montagsmahnwachen nicht ausreichend zu erklären; vielmehr scheint ein „Moment des weiterhin Unklaren und Unbestimmten“<sup>12</sup> prägend zu sein. Die hier vorgestellte Befragung zielt darauf ab, das Bild der Montagsmahnwachen mit einigen methodisch gesicherten Erkenntnissen zu ergänzen und möglicherweise zu korrigieren.

---

<sup>11</sup> <http://pedram-shahyar.org/2014/05/die-bannstrahl-erklarung-linke-fur-eine.html> [2014-06-10]; <http://www.dietherdehm.de/index.php/positionen/31-positionen/885-mowa> [2014-06-13]

<sup>12</sup> <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/das-allgemeine-unbehagen> [2014-06-07].

## 2. Die Methode der Demonstrationsbefragung

Um etwas über Menschen auszusagen, die sich an Protesten beteiligen, haben Sozialwissenschaftler/innen lange Zeit auf allgemeine Bevölkerungsbefragungen zurückgegriffen. Darin wurde in Telefoninterviews oder persönlichen Befragungen die Teilnahme an Protesten als eines von vielen Themen abgefragt. Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich eine ergänzende Methode durchgesetzt, die über die Zeit immer weiter verfeinert wurde: die Demonstrationsbefragung. Dabei befragt man die Menschen nicht zu Hause oder am Telefon, sondern in dem Moment, in dem sie sich an Protesten beteiligen. Während das Manko allgemeiner Bevölkerungsumfragen darin liegt, dass die Beteiligung an Protesten losgelöst von konkreten Themen und Motivlagen abgefragt wird, sind Demonstrationsbefragungen ein Schnappschuss in einem politischen Konflikt. Sie erlauben es, die Wahrnehmung eines Problems und die Motivation der Protestbeteiligten sehr viel konkreter abzubilden.

Frühere Befragungen, die unsere Gruppe bei den Protesten gegen den Irakkrieg (2003)<sup>13</sup>, gegen Hartz IV (2004)<sup>14</sup>, bei den Sozialforen in Erfurt (2005) und Athen (2006)<sup>15</sup> sowie bei der Montagsdemonstration gegen Stuttgart 21 (2010)<sup>16</sup> durchgeführt hat, beruhten auf gedruckten Fragebögen. Diese wurden an die Protestteilnehmer/innen verteilt, von ihnen ausgefüllt und in einem vorfrankierten Rückumschlag an uns geschickt. Die aktuelle Befragung wurde online durchgeführt. Das Befragungsteam verteilte zunächst am 26. Mai 2014 an die Teilnehmer/innen der Berliner Montagsmahnwache einen Handzettel mit der Aufforderung, sich an der Befragung zu beteiligen. Eine Woche später verfuhrten Kolleg/innen in Dortmund, Bremen, Frankfurt am Main, Erfurt, Jena und Bonn genauso.<sup>17</sup> Der Handzettel enthielt einen Link und einen scanbaren QR-Code, der zu der Online-Befragung führte. Mit einem individuellen Code konnte die Befragung dann freigeschaltet werden. Die Beschränkung des Zugangs zur Befragung zielt darauf, dass sich nur diejenigen an der Befragung beteiligen, die an dem Protest teilgenommen haben. Eine Weiterverbreitung des Links und damit eine mögliche Verzerrung oder gar Manipulation sind damit ausgeschlossen.

**Tabelle 1: Eckdaten von vier Demonstrationsbefragungen**

	Gegen den Irakkrieg	Gegen Hartz IV (vier Städte)	Gegen Stuttgart 21	Montagsmahnwachen Berlin	Vier andere Städte <sup>16</sup>
Teilnehmende	500.000	10.700	17.500	1.000	600
Verteilte Fragebögen/ Handzettel	1.430	1.610	1.500	953	378
Antworten	740	783	814	330	61
Rücklaufquote	51,7	48,6	54,3	34,6	16,1
Quote aller Protestierenden	0,1	7,3	4,7	33,0	10,2

Die Online-Befragung hat den Vorteil, dass sie deutlich weniger Ressourcen in Anspruch nimmt als die Nutzung gedruckter Fragebögen. Allerdings ist die Aufforderung zur Teilnahme über einen Handzettel deutlich weniger verbindlich als die Aushändigung eines Fragebogens, für den die Portokosten

<sup>13</sup> Dieter Rucht (2003): Die Friedensdemonstranten – wer sind sie, wofür stehen sie?, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 16 (2), S. 10–13.

<sup>14</sup> Dieter Rucht und Mundo Yang (2004): Wer demonstrierte gegen Hartz IV?, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 17 (4), S. 21–27.

<sup>15</sup> Donatella della Porta (Hrsg.) (2009): *Another Europe: Conceptions and Practices of Democracy in the European Social Forums*, London: Routledge.

<sup>16</sup> Britta Baumgarten und Dieter Rucht (2013): Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“ einzigartig oder typisch?, in: Frank Brettschneider und Wolfgang Schuster (Hrsg.): *Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*. Wiesbaden: Springer VS, S. 97–125.

<sup>17</sup> Wir bedanken uns für die Unterstützung bei Sebastian Haunss (Bremen), Oliver Nachtwey (Frankfurt a.M.), Matthias Quendt (Erfurt und Jena) und Jörn Fischer (Bonn). In Dortmund verteilte Peter Ullrich die Handzettel.

bereits bezahlt wurden. Das spiegelt sich auch in der Rücklaufquote, also im Verhältnis der eingegangenen Antworten zu den verteilten Handzetteln, wider (s. Tabelle 1).

Fast alle Teilnehmer/innen der Berliner Montagsmahnwache erhielten die Aufforderung, sich an der Befragung zu beteiligen. Nur wenige lehnten es ab, den Handzettel anzunehmen - auch deshalb, weil der Organisator Lars Mährholz deren Verteilung angekündigt hatte. Ein Drittel derer, die den Handzettel entgegen genommen hatten, füllte den Online-Fragebogen aus. Das ist im Verhältnis zu den verteilten Handzetteln eine schlechtere Quote als bei den vorangegangenen Befragungen. Für eine Online-Befragung ist die Zahl allerdings im oberen Bereich. Zudem wurde ein Drittel der insgesamt etwa 1.000 Teilnehmer/innen in der Befragung erfasst - diese Zahl steht im Gegensatz zu früheren Befragungen mit deutlich niedrigeren Werten. Wie bei anderen Online-Befragungen muss man auch in unserem Fall von einer Verzerrung hin zu den intensiven Internetnutzern ausgehen. Diese sind im Schnitt eher jünger und eher männlich (s. Abschnitt 3).

Für die folgende Darstellung der Ergebnisse der Befragung beziehen wir uns nur auf die Antworten der Berliner Teilnehmer/innen. Die geringe Rücklaufquote und die Fallzahlen in den anderen Städten schmälern die Aussagekraft der dort erhobenen Daten.<sup>18</sup> Vergleiche zwischen den Teilnehmer/innen aus Berlin und anderswo zeigen aber bis auf wenige Ausnahmen keine signifikanten Unterschiede. Insofern kann man davon auszugehen, dass die Mahnwachen in Berlin stellvertretend für die Proteste an anderen Orten stehen. Ein Charakteristikum der Montagsmahnwachen, das bei der Auswertung der Befragung in Rechnung zu stellen ist, sind Demonstrationsbeobachter/innen der linken Szene, die die Proteste besuchen, um rechte Tendenzen zu dokumentieren. An mehreren Orten werden die Mahnwachen oder die Auftritte einzelner Redner/innen wie Ken Jebsen oder Jürgen Elsässer von Gegenprotesten begleitet. Auch unter den von uns Befragten sind Personen mit deutlicher Distanz zu den Mahnwachen. In Berlin sind das immerhin 24 von 330 Personen. Sie wurden anhand mehrerer Indikatoren identifiziert und erscheinen ebenfalls nicht in der Auswertung, um das Bild der Teilnehmer/innen nicht zu verzerren. So kommt die Fallzahl von 306 Befragten zustande, die die Grundlage für die folgenden Auswertungen darstellt.

Die Fragen, die in die Untersuchung eingeflossen sind, zielen auf die soziale Zusammensetzung der Teilnehmer/innen, auf ihre Motivation und Mobilisierung, d.h. die Prozesse, die zu ihrer Teilnahme geführt haben, auf ihre Protesterfahrung, die Einschätzung der Demokratie und ihrer Institutionen, auf die Sicht des Ukraine-Konfliktes und die Übereinstimmung mit Thesen, die im Umfeld der Mahnwachen vertreten wurden. Viele der Fragen gehen auf die Fragebögen zurück, die zuvor auf anderen Demonstrationen verteilt wurden. Dadurch sind die Teilnehmer/innen der Montagsmahnwachen mit denen früherer Proteste größtenteils vergleichbar. Ein Teil der Fragen ist repräsentativen Befragungen wie der Allgemeinen Bevölkerungsbefragung der Sozialwissenschaften (im Folgenden: Allbus) oder dem World Value Survey entnommen. Darüber hinaus enthält der Fragebogen angesichts der verbreiteten Einschätzung, die Proteste seien rechtsextrem durchsetzt, eine gekürzte Version des Befragungsinstrumentes aus den Leipziger Mitte-Studien zur Einschätzung rechtsextremer Einstellungen (s. Abschnitt 6).

---

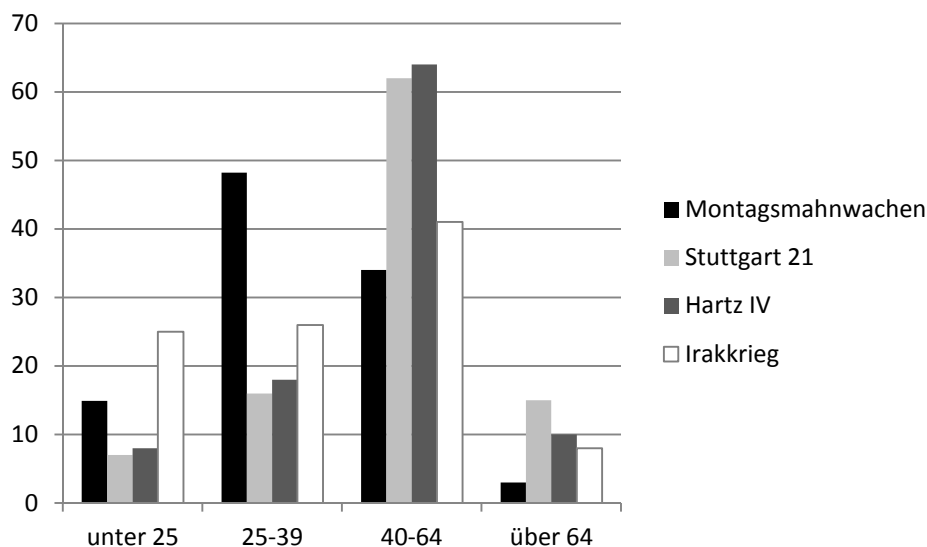
<sup>18</sup> In Bonn wurde die Mahnwache kurzfristig an einen anderen Ort verlegt. Deshalb wurden nur drei Handzettel an Teilnehmer/innen am ursprünglichen Treffpunkt verteilt. In Jena verblieben die Handzettel nach der Verteilung bei den Organisator/innen der Mahnwache. Beide Städte fallen deshalb schon aus methodischen Erwägungen aus der Auswertung heraus. Deshalb weist die Tabelle neben Berlin nur vier Städte aus.

### 3. Wer geht zu den Montagsmahnwachen?

Demonstrationen sind nie ein Abbild der Bevölkerung. Tatsächlich bringen sie in der Bundesrepublik vor allem diejenigen auf die Straße, die durch hohe Bildungsabschlüsse und ein überdurchschnittliches Einkommen privilegiert sind. Auch die Zusammensetzung der von uns auf den Montagsmahnwachen Befragten weicht in einigen Aspekten von der Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung ab. Vergleicht man die Teilnehmer/innen der Mahnwachen mit denen auf großen Demonstrationen der letzten Jahre, so zeigen sich auch hier auffällige Unterschiede.

Zuerst fällt die ungleiche Verteilung der Geschlechter auf. Männer sind unter den Befragten mit 70 Prozent deutlich häufiger vertreten. Dieses Ergebnis weicht deutlich von vorherigen Befragungen ab, in denen die Verteilung der Geschlechter nahezu paritätisch ausfiel. Es entspricht auch nicht unserer Wahrnehmung bei der Verteilung der Handzettel. Aber auch wenn etwas mehr Männer als Frauen bei der Mahnwache teilgenommen haben, bleibt der Wert doch erklärungs-würdig. Das Ungleichgewicht lässt sich zum einen durch die Art der Befragung erklären. So legen andere Online-Erhebungen unter Protestierenden eine ähnliche Verzerrung zu Gunsten der Männer nahe.<sup>19</sup> Zum anderen wirft der hohe Männeranteil in der Befragung aber auch ein Schlaglicht auf die Rolle von Frauen bei den Mahnwachen. In der Organisation und auf den Bühnen geben Männer klar den Ton an.

Abbildung 1: Altersverteilung von Protestteilnehmer/innen (Angaben in Prozent)



Die Teilnehmer/innen der Montagsmahnwachen sind insgesamt relativ jung (s. Abbildung 1). Der Anteil der 25-39-Jährigen ist mit knapp 50 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung (19%<sup>20</sup>). Unter den anderen Altersgruppen fallen die über 64-Jährigen mit knapp drei Prozent deutlich hinter den Bevölkerungsdurchschnitt (20%) zurück. Diese Altersverteilung weicht auch von der in anderen zuvor befragten Demonstrationen ab. So stellen bei den Demonstrationen gegen Stuttgart 21 sowie gegen Hartz IV nicht die 25-39-Jährigen, sondern die 40-64-Jährigen die weitaus größte Gruppe. Nur die Friedensdemonstration gegen den Irakkrieg am 15. Februar 2003 hatte einen

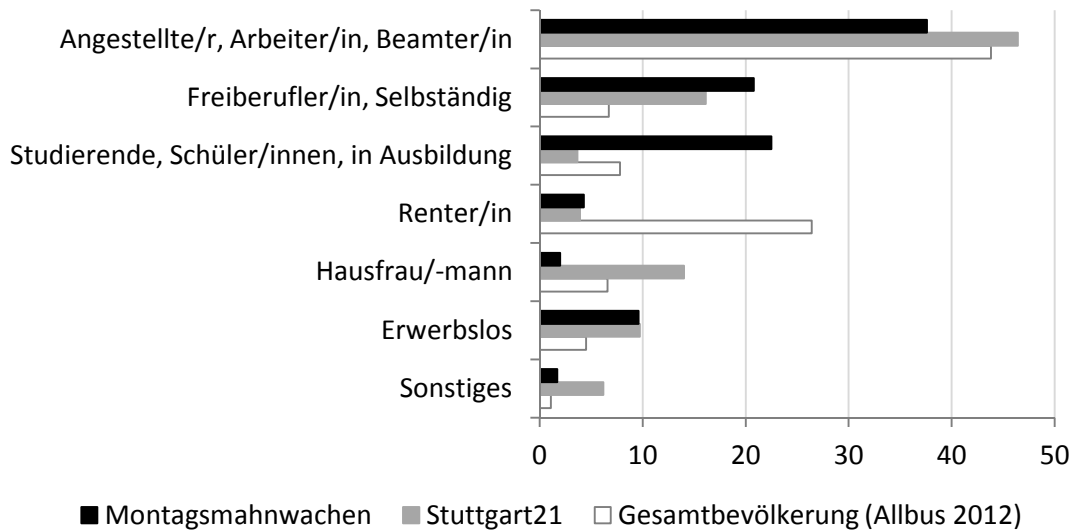
<sup>19</sup> Das Göttinger Institut für Demokratieforschung führte bei den wöchentlich stattfindenden Montagsdemonstrationen gegen Stuttgart 21 eine Online-Befragung durch, eine Woche nachdem unser Team Fragebögen verteilt hatte. Während die Geschlechterverteilung in der Offline-Befragung nahezu paritätisch war, lag der Männeranteil in der Online-Befragung bei knapp 60 Prozent. Göttinger Institut für Demokratieforschung (2010): Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21, <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf> [2014-06-13], S. 6.

<sup>20</sup> Die Vergleichsdaten beruhen auf Werten des Statistischen Bundesamtes.



ähnlichen Anteil junger Teilnehmer/innen. Aber auch bei dieser Zahl ist in Rechnung zu stellen, dass junge Menschen in Online-Befragungen eher überrepräsentiert sind.<sup>21</sup>

**Abbildung 2: Berufliche Stellung von Protestteilnehmer/innen im Vergleich (Angaben in Prozent)**



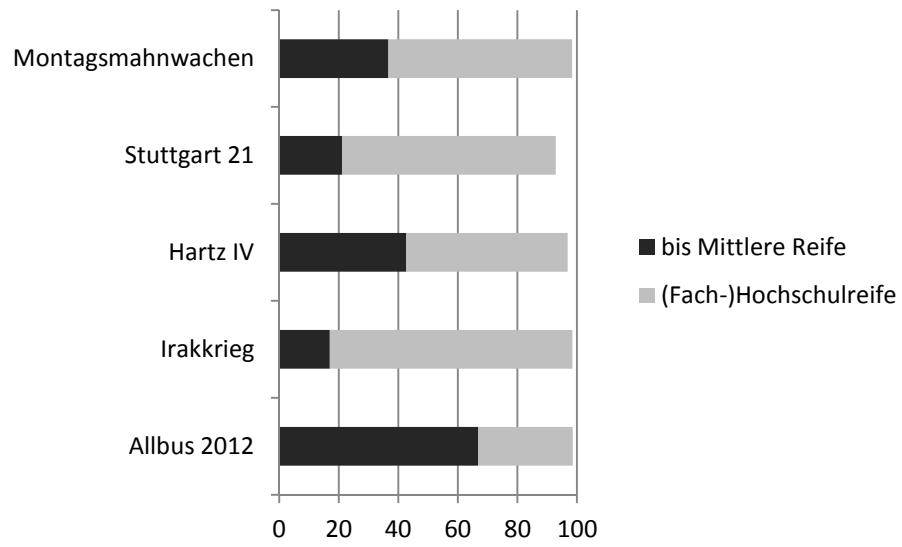
Die berufliche Stellung der Befragten ähnelt in vielen Aspekten den Demonstrierenden in Stuttgart (s. Abbildung 2). Arbeiter/innen und Angestellte (inklusive Beamte) machen mit 38 Prozent den größten Anteil der Befragten aus. Auch Selbständige und Freiberufler/innen spielen bei beiden Protesten eine große Rolle. Ihr Anteil ist mehr als drei Mal so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt. Bei Rentner/innen und Erwerbslosen findet man in beiden Demonstrationen das gleiche Muster: Erwerbslose sind gegenüber dem Bundesdurchschnitt überrepräsentiert, während der Anteil der Rentner/innen bei etwa einem Sechstel der Gesamtbevölkerung liegt. Unterschiede zwischen den Demonstrationen zeigen sich vor allem in zwei Kategorien: der Anteil der Hausfrauen und -männer war in Stuttgart deutlich höher; dagegen bilden Schüler/innen, Student/innen und andere in Ausbildung befindliche Teilnehmer/innen bei den Montagsmahnwachen die zweitgrößte Gruppe.

Wer besser ausgebildet ist, beteiligt sich eher an Demonstrationen. Das ist ein wiederholt belegter Zusammenhang, der sich auch in dieser und anderen Demonstrationsbefragungen widerspiegelt. Das Bildungsniveau der Befragten ist relativ hoch. Ein knappes Drittel von ihnen hat ein Studium abgeschlossen. Das sind fast dreimal so viele wie in der Gesamtbevölkerung (11,9% nach Allbus 2012<sup>22</sup>). Unterscheidet man bezüglich der Bildung zwei Gruppen, jene mit und ohne (Fach-)Hochschulreife, sind die Unterschiede zwischen den Protestierenden und der Gesamtbevölkerung offensichtlich (s. Abbildung 3). Zwar sprechen die Montagsmahnwachen in weit stärkerem Umfang als die Proteste gegen den Irakkrieg und gegen Stuttgart 21 Menschen beider Gruppen an. Die Verteilung ähnelt eher der bei den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV. Aber auch bei den Montagsmahnwachen ist das Verhältnis im Vergleich zur Gesamtbevölkerung umgedreht, d.h. der Anteil von Menschen ohne (Fach-)Hochschulreife liegt deutlich unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Teilnehmer/innen der Montagsmahnwachen in Bezug auf das Bildungsniveau und die berufliche Stellung durchaus dem allgemeinen soziodemographischen Profil von anderen Protesten in der Bundesrepublik entsprechen. Deutliche Unterschiede zeigen sich aber in der Dominanz von Männern und bei dem großen Anteil junger Teilnehmer/innen.

<sup>21</sup> Der Unterschied zu der Befragung des Göttinger Instituts für Demokratieforschung (FN 19) ist hier nicht so deutlich ausgeprägt. Der Anteil der Befragten bis 35 Jahre lag in der Online-Befragung bei 27 Prozent; in unserer auf Fragebögen basierenden Befragung machte die Gruppe 23 Prozent aus.

<sup>22</sup> GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2013): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2012. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4614 Datenfile Version 1.1.1

Abbildung 3: Bildungsabschlüsse im Vergleich (Angaben in Prozent, fehlende Werte: kein Abschluss oder keine Angabe)

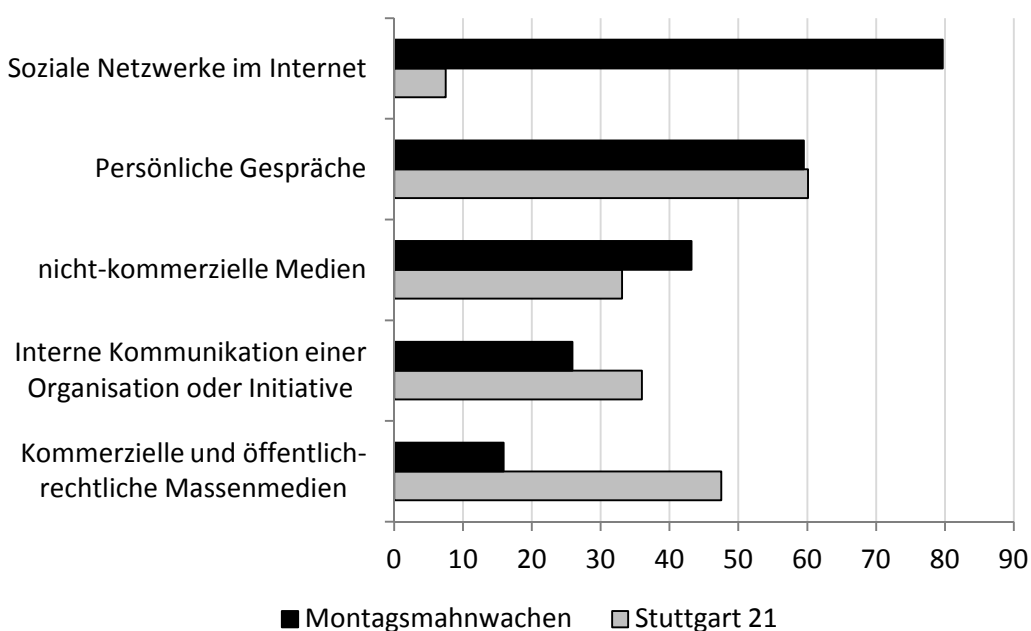


## 4. Mobilisierung und politische Aktivität der Teilnehmer/innen

Proteste sind das Ergebnis von mehr oder weniger geplanten Mobilisierungsprozessen. Damit Menschen die Beteiligung an einem Protest in Erwägung ziehen, müssen sie von ihm erfahren; sie müssen das Anliegen als drängend ansehen und eine Teilnahme als sinnvoll erachten. Um mehr über die Mobilisierung zu den Montagsmahnwachen zu erfahren, haben wir zwei Fragen gestellt. Die erste zielt darauf ab zu erfahren, welche Informationswege für die Entscheidung, sich an den Protesten zu beteiligen, wichtig waren. Die zweite fragt nach den Personen, die diese Entscheidung beeinflusst haben. Da wir die gleichen Fragen auch bei der Montagsdemonstration gegen Stuttgart 21 gestellt haben, lässt sich das Mobilisierungsprofil der Mahnwachen für den Frieden besser akzentuieren. Die Daten aus Stuttgart werden im Folgenden zum Vergleich herangezogen.

Auf den ersten Blick zeigt sich, dass soziale Netzwerke im Internet eine entscheidende Größe in der Mobilisierung zu den Montagsmahnwachen sind. 44 Prozent der Befragten gaben an, dass diese die wichtigste Informationsquelle für sie waren. Insgesamt waren Facebook, Twitter und Youtube für 80 Prozent der Befragten von größerer Bedeutung. Diese Zahlen stehen in krassem Gegensatz zu denen von der Demonstration gegen Stuttgart 21. Hier waren soziale Netzwerke für insgesamt nur acht Prozent der Befragten von Bedeutung für ihre Entscheidung, sich an den Protesten zu beteiligen. Kommerzielle und öffentlich-rechtliche Massenmedien spielen dagegen als Informationsquelle für die Teilnehmer/innen der Montagsmahnwachen eine deutlich nachgeordnete Rolle. Nur ein Sechstel der Teilnehmer/innen gab diese als wichtige Informationsquelle an (S21: 47,5%). Allerdings wird aus den offen gestellten Fragen und an der Frage nach dem Vertrauen in Zeitungen und Fernsehen (s. Abschnitt 7) deutlich, dass die negative Berichterstattung das Selbstbild der Protestierenden als Aufklärer/innen verstärkte und so zu einem zusätzlichen Mobilisierungsfaktor wurde. Hier verhält sich die Rolle der Medien entgegengesetzt zu den Occupy-Protesten. Während damals eine wohlwollende Berichterstattung die Teilnahme möglicherweise sogar nahelegte, wirkt das nahezu ungebrochen negative Bild der Proteste heute allenfalls ex negativo mobilisierend. In jedem Fall führt die einhellig ablehnende Berichterstattung aber zu einer Abschottung und Selbstbestätigung im Kreis der Teilnehmer/innen (s. Abschnitt 7).

Abbildung 4: Für die Teilnahme relevante Informationswege (Angaben in Prozent)



Wie schon in Stuttgart zeigt sich auch bei den Montagsmahnwachen, dass persönliche Gespräche für die Mobilisierung der Teilnehmer/innen eine zentrale Rolle spielen. In beiden Fällen schätzten 60 Prozent der Befragten diese als wichtig für ihre Teilnahme ein. Dabei sind allerdings - wie auch in Stuttgart - Kontakte in der Familie (19%) und im Freundeskreis (39%) deutlich wichtiger als andere Kontakte, etwa in politischen Organisationen (2%). Der fehlende Bezug zu politischen Parteien und Organisationen spiegelt sich auch in den Mitgliedschaften wider. Nur zehn Prozent der Befragten, und damit weniger als der Bundesdurchschnitt (Allbus 2010: 12,4%), sind Mitglied einer Gewerkschaft. Immerhin sechs Prozent (Allbus 2010: 3,8%) sind Parteimitglied.

Die Montagsmahnwachen stehen damit für einen Typ von Demonstrationen, bei dem vorher bestehende Organisationen eine nachgeordnete Rolle spielen. Stattdessen findet die Mobilisierung spontan über die unmittelbare Umgebung statt. Sie sind eher vergleichbar mit den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV als z.B. mit typischen Demonstrationen der linken Szene. Diese Mobilisierungslogik und die zentrale Rolle von sozialen Netzwerken und anderen Onlinemedien stellt die Montagsmahnwache in eine Reihe mit den Occupy-Protesten des Jahres 2011. Eine weitere Gemeinsamkeit mit den Occupy-Protesten ist der relativ hohe Anteil an Teilnehmer/innen, die im Kontext der Montagsmahnwachen zum ersten Mal, oder zumindest zum ersten Mal seit langer Zeit, protestieren. Während der Anteil der Protesteinsteiger/innen unter Occupy-Aktivist/innen bei einem Drittel lag,<sup>23</sup> gaben 42 Prozent der Mahnwachenteilnehmer/innen an, dass sie in den letzten fünf Jahren an keinem Protest teilgenommen hätten (Stuttgart 21: 46%). Aber auch diese Gruppe war vor ihrem Engagement in den Mahnwachen keineswegs politisch abstinent. Sie nutzte in der Vergangenheit vor allem niedrigschwellige Aktionsformen wie ethischen Konsum (89%), Petitionen (80%) oder Online-Kampagnen (48%).

**Tabelle 2: Protesterfahrene und -neulinge im Vergleich zu den Gegner/innen von Stuttgart 21 (Angaben in Prozent)**

Haben in den letzten 12 Monaten...	Montagsmahnwachen		Stuttgart 21
	Protestneulinge	Protesterfahrene	
... eine Petition/öffentlichen Brief unterzeichnet	80,3	92,5	81,6
... an einer Online-Protestkampagne teilgehabt	48,4	73,2	Nicht erfragt
...eine/n Politiker/in oder eine/n Vertreter/in der Verwaltung kontaktiert	11,9	29,7	36
... an einer direkten Aktion teilgenommen (wie z.B. Blockade, Besetzung, ziviler Ungehorsam)	7,6	16,6	42,9

Teilnehmer/innen mit größerer Protesterfahrung nutzen auch ein breiteres Spektrum an Aktionsformen. Sie übertreffen die genannten Werte der Protesteinsteiger/innen und nehmen darüber hinaus eher Kontakt zu Politiker/innen oder Verantwortlichen in der Verwaltung auf. Sie haben auch signifikant häufiger Erfahrungen mit direkten Aktionen, wie Blockaden oder anderen Formen des zivilen Ungehorsams. Vergleicht man die Werte allerdings mit der Befragung von Gegner/innen von Stuttgart 21, so wird deutlich, dass die Konfliktbereitschaft der vermeintlich konservativen Bahnstabsgegner/innen deutlich höher einzustufen ist. Hier lag schon unter den Protestneulingen der Anteil derjenigen, die sich an direkten Aktionen beteiligt haben, bei 35 Prozent.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die von uns befragten Teilnehmer/innen der Berliner Montagsmahnwache stark über soziale Netzwerke im Internet und persönliche Kontakte mobilisiert worden sind. Bereits bestehende politische Organisationen und Initiativen scheinen keinen direkten Einfluss auf das Geschehen zu haben. Stattdessen formierte sich der Protest spontan über soziale Netzwerke im Internet. Darin sind die Montagsmahnwachen den Occupy-Protesten des Jahres 2011 sehr

<sup>23</sup> Brinkmann, Ulrich; Oliver Nachtwey und Fabienne Décieux 2013: Wer sind die 99%? Eine empirische Untersuchung der Occupy-Proteste, hg. von Otto Brenner Stiftung, OBS-Arbeitspapiere 6, Frankfurt am Main [https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/Arbeitspapier\\_06\\_Occupy\\_01.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/Arbeitspapier_06_Occupy_01.pdf) [2014-06-14], S. 15.

ähnlich; sie unterscheiden sich in diesem Punkt grundsätzlich von den Protesten gegen Stuttgart 21. Nur wenige der Befragten sind „gestandene“ politische Aktivist/innen. Nur ein Sechstel hat in den letzten fünf Jahren an mehr als fünf Protesten jenseits der Mahnwachen teilgenommen (Stuttgart 21: 16%; Irakkrieg: 24%), Erfahrungen mit konfrontativen Protestformen sind rar. Bei den Montagsmahnwachen drängen stattdessen diejenigen auf die Straße, die im Internet angesprochen wurden und bis dato auch vorrangig dort aktiv waren.

## 5. Ziele und Anliegen

Besuche auf den Mahnwachen in Berlin und anderen Städten machten deutlich, dass neben dem impulsgebenden Thema „Frieden“ eine große Breite weiterer Themen zur Sprache kommt. Dieses Spektrum beinhaltet neben einer Reihe gesellschaftlich-politischer Themen auch vieles, was auf die Lebensgestaltung, Beziehungsformen und individuelle Verhaltensweisen Bezug nimmt. Diese thematische Breite und die inhaltliche Qualität, mit der die Themen verhandelt werden, führten zu der Kritik, die Teilnehmer/innen der Mahnwachen seien „naiv“<sup>24</sup>, die Veranstaltungen seien ein „Jahrmarkt des Bizarren“.<sup>25</sup> Die Befragung widmete sich, um hier für Aufklärung zu sorgen, den Hauptanliegen der Montagsmahnwachen, weiteren persönlichen Anliegen der Teilnehmenden sowie einer Einschätzung der aktuellen Ukraine-Krise und der an ihr beteiligten Akteure.

### *Zentrale Ziele der Montagsmahnwachen*

In einer offenen Frage wurden die Mahnwachenteilnehmer/innen um eine Einschätzung gebeten, für welche Themen die Montagsmahnwachen ihrer Meinung nach stehen. Wir haben knapp die Hälfte der Antworten qualitativ-inhaltsanalytisch codiert und zur Abschätzung der Wichtigkeit der Themen die Häufigkeit der Nennung erfasst (s. Abbildung 5).<sup>26</sup> Dass die Montagsmahnwachen Friedensfragen in den Vordergrund rücken, bestätigte sich auch in der quantitativen Gewichtung der Antworten. Friedensfragen kommt die größte Bedeutung zu. „Frieden“ wurde jedoch meist nur als unkommentiertes Stichwort benannt (oft im Dreiklang „Frieden – Freiheit – Gerechtigkeit“). Gelegentlich wurde es in Hinblick auf die Ukraine-Krise oder sehr selten in Hinblick auf politische Schritte (beispielsweise „Stopp von Rüstungsexporten“) konkretisiert. Doch die Montagsmahnwachen sind, zumindest aus Sicht der Teilnehmer/innen, keine reine Friedensbewegung. Viele andere Themen spielen eine signifikante Rolle und werden hier entsprechend ihrer quantitativen Gewichtung dargestellt.

Von herausragender Bedeutung gleich nach der Friedensfrage ist das Thema Medien und Information. Viele Befragte sehen die kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Medien sehr kritisch – in der aktuellen Krise wie auch generell. Dies zeigen viele Forderungen nach „freier Presse“ und „Pressefreiheit“. Mit den Medien wird teilweise hart ins Gericht gegangen, mehrfach bis hin zur Charakterisierungen als „gleichgeschaltete Presse“ oder „Hauptstrompresse“. Beispielhaft für viele andere Stellungnahmen steht diese medienskeptische Positionierung:

darum gehe ich auch jedes mal und jedes weitere mal dorthin weil es RICHTIG ist denn Krieg egal wo er statt findet Falsch ist und auch keine Freiheit oder Gerechtigkeit bringt dieser tauscht nur die Unterdrücker aus und die Presse verbreitet wie gewohnt dann nur andere Lügen.

Vor dem Hintergrund dieser Kritik ist den Beteiligten die „Aufklärung“ der Bevölkerung ein ebenso großes Anliegen wie die Beschaffung und Verbreitung alternativer Informationen. Viele verstehen die Bewegung und ihre Treffen als Ort und Medium der Aufklärung auch über sonst im Verborgenen bleibende Dinge.

„Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ finden häufig Erwähnung, bleiben aber meist Schlagworte. Doch in beiden Themenfeldern gibt es auch konkrete Anliegen. Zum einen werden verschiedene Grund- und Freiheitsrechte eingefordert, etwa gegen Überwachung. Zum anderen wird Gerechtigkeit themati-

---

<sup>24</sup> <http://taz.de/Friedensmahnwache-in-Berlin/!137987/> [2014-06-11].

<sup>25</sup> Peter Ullrich (2014): Links, rechts oder einfach nur bekloppt? Die neuen Montagsdemos fordern die Friedensbewegung, die Linke und unser Verständnis politischer Konfliktlinien heraus, in: ak - Analyse und Kritik, Nr. 594, S. 11–12.

<sup>26</sup> Zunächst haben zwei Personen das Material kursorisch gesichtet und unabhängig voneinander im Induktionsverfahren abgegrenzte Themengebiete definiert. Es ergab sich dabei bereits eine hohe Übereinstimmung. Dann wurden 12 Kategorien bestimmt und definiert, die einen großen Teil der geäußerten Anliegen erfassen. Anschließend wurde etwa die Hälfte der Interviews mit dem fixierten Kategoriensystem bearbeitet, um die Gewichtung der verschiedenen Themen zu bestimmen.

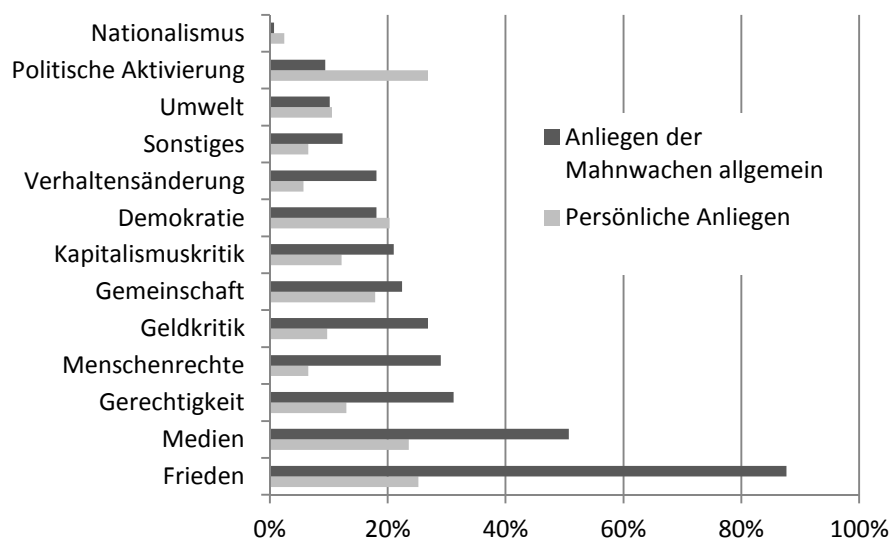
siert als soziale Gleichheit, als Forderung nach der Umverteilung von Reichtum oder nach einem Grundeinkommen.

Wie in der Einleitung erwähnt, wird die Forderung nach Frieden schon im Motto der Berliner Montagsmahnwache mit einer Kritik am Finanzsystem verbunden. Kritisiert werden insbesondere das „Schuldgeldsystem“ (Geld ohne materialen Eigenwert) und die Existenz von Zins und Zinseszins. Beides wird mit dem US-amerikanischen Federal Reserve System in Verbindung gebracht und als Auslöser einer Vielzahl von Problemen und nicht zuletzt vieler Kriege verstanden. Deutlich unterscheidbar von solchen Kritiken an Geld und Zins, die mit ihrer Sphärentrennung von „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital auch in einer unrühmlichen Tradition der antisemitischen Zinskritik der Nazis stehen, sind klassische antikapitalistische und kapitalismuskritische Positionen. Dazu gehört globale Kapitalismuskritik ebenso wie globalisierungskritische und anti-neoliberale Forderungen (bspw. Stopp von TTIP und anderen Freihandelsabkommen). Außerdem wird in vielen Antworten eine solidarische Ökonomie zum Thema.

Auch Anliegen zu Demokratiethematen sind sehr divers. Sie reichen von Forderungen nach mehr Demokratie oder Partizipation über Kritik an Lobbyismus und Kungelei bis hin zu einer allgemeinen Politiker/innenschele, die eine Entfremdung der Politik „vom Volk“ beklagt. Themen mit Bezug zur Demokratie lassen sich also nicht nur als aktives Demokratiebegehren, sondern insbesondere als Unzufriedenheit mit der bestehenden (post)demokratischen Ordnung deuten, in der „etwas passieren muss, das unsere ‚volksvertreter‘ das volk vertreten und nicht die wirtschaft“.

Verschiedene weitere Themen werden gehäuft angesprochen, darunter auch Umwelt- und Naturschutz. Hinzu kommen eher individualisierende Anliegen, die auf ein verändertes Verhalten zielen, wie bewusste Ernährung und ethischer Konsum. Ferner gibt es allgemeine Appelle an Selbstveränderung, Persönlichkeitsentwicklung, Eigenverantwortung und spirituelles Erleben. Dabei erweist sich Gemeinschaftlichkeit als ein zentrales Anliegen, zum einen als etwas, was generell wieder unter den Menschen erreicht werden sollte, und zum anderen als etwas, was im Protest selbst praktiziert und erfahren wird. In diesem Sinne wird auch das Anliegen politischer Aktivierung formuliert. Es bekundet, oft ohne spezifischen thematischen Fokus, dass es wichtig ist, sich zusammenzutun, aktiv zu werden und „das wir uns nicht mehr alles gefallen lassen“. Nur eine Person formulierte klar erkennbar deutsch-nationalistische Anliegen.

**Abbildung 5: Anliegen der Montagsmahnwachen allgemein (N=138) und persönliche Anliegen der Teilnehmer/innen (N=123)**



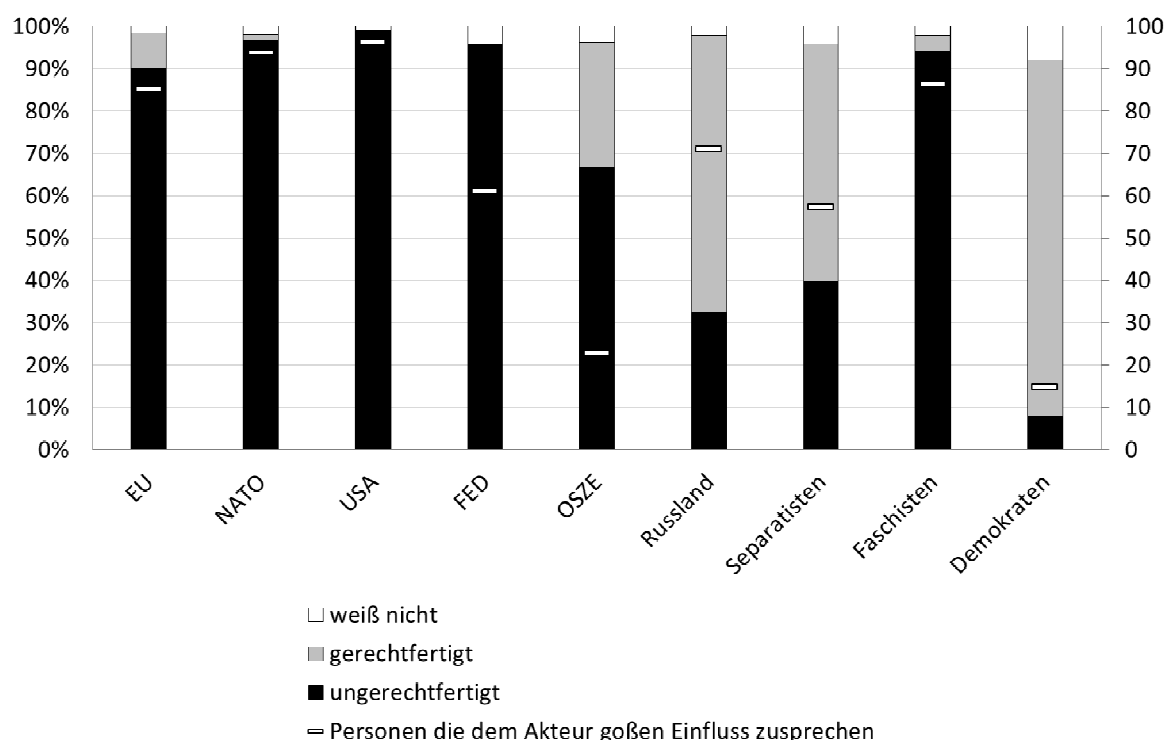
## Persönliche Ziele der Teilnehmenden

In einer zweiten offenen Frage wurden die Teilnehmer/innen nach ihren persönlichen Anliegen gefragt, die sie auf den Mahnwachen zum Ausdruck bringen wollen. In der Auswertung kam das gleiche Kategoriensystem zur Anwendung wie bei der Frage, wofür die Mahnwachen im Allgemeinen stehen. Dabei zeigt sich vor allem eine weniger starke quantitative Abstufung zwischen den Themen (Werte zwischen 2 und 27 Prozent, gegenüber einer Spanne von 1 bis 88 Prozent in der ersten offenen Frage). Die politische Aktivierung liegt bei der Frage sogar noch vor Frieden auf dem ersten Platz. Damit ist das wichtigste persönliche Anliegen vieler Teilnehmer/innen, zu zeigen, dass Verantwortung für Veränderung übernommen werden sollte und kann – meist ohne dabei konkrete Veränderungswünsche zu benennen. Auch wurden in Antwort auf diese Frage etwas häufiger Forderungen nach einem gestärkten nationalen (Selbst-) Bewusstsein genannt als auf die erste, allgemeine Frage.

## Einschätzungen zur Ukraine-Krise

Da die Ukraine-Krise einen wichtigen Grund und Anlass für die Protestaktivitäten darstellt, wurden die Teilnehmer/innen nach ihren Einschätzungen des Handelns wichtiger Akteure befragt. Sie sollten erstens die jeweilige Bedeutung verschiedener Institutionen und Organisationen für die Beeinflussung des Konfliktes einschätzen und zweitens das Verhalten der als einflussreich wahrgenommenen Akteure als gerechtfertigt oder nicht gerechtfertigt bewerten (s. Abbildung 6).

**Abbildung 6: Wahrgenommene Stärke des Einflusses von Akteuren und Bewertung ihres Verhaltens<sup>27</sup> („Demokraten“, „Faschisten“ und „Separatisten“ bezieht sich auf ukrainische Akteure)**



Deutlich wird dabei, dass in der Wahrnehmung der aktuellen Krise die größte Handlungsmacht bei externen Akteuren gesehen wird, insbesondere bei der USA (96%) und der Nato (94%), bei der EU (85%) sowie bei Russland (71%). In der Ukraine wird vor allem Faschist/innen und Separatist/innen Handlungsmacht zugesprochen. Als eher gerechtfertigt wird das Handeln Russlands bewertet (66%

<sup>27</sup> Der Querstrich gibt jeweils den Anteil derer an, die glauben, dass der betreffende Akteur einen großen oder sehr großen Einfluss auf die Situation in der Ukraine hat. Nur für diese Befragten, die also davon ausgehen, dass der betreffende Akteur ein wichtiger ist, geben die Balken der Grafik dann die prozentualen Anteile derjenigen an, die das Handeln des Akteurs für gerechtfertigt oder nicht gerechtfertigt halten bzw. "weiß nicht" geantwortet haben.



finden es „gerechtfertigt“). Auch den ukrainischen Separatist/innen (56%) und den demokratischen Kräften (84%) wird Legitimität zugesprochen. Auffällig ist, dass dem Handeln der USA und der FED keinerlei Rechtfertigung zugebilligt wird, auch wenn ihre Relevanz unterschiedlich gesehen wird. Sie stellen zusammen mit den faschistischen Kräften, der EU und der NATO die Hauptgegner der Protestierenden dar. Unter diesen Akteuren ist die EU die einzige, die mehr Anerkennung erhält als die faschistischen Kräfte, denen immerhin vier Prozent der Befragten Legitimität zusprechen.

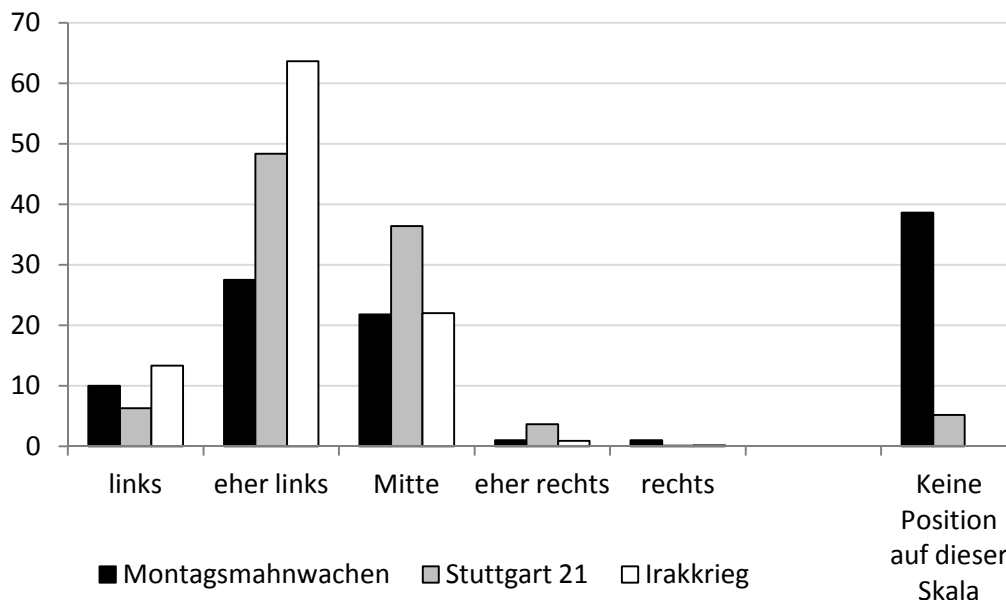
Weitere inhaltliche Orientierungsmuster wurden in zusätzlichen geschlossenen Fragen erfasst. Der folgende Abschnitt widmet sich der politischen Einordnung der Mahnwachen zwischen dem Fremdbild der neurechten Bewegung und dem Selbstbild der Überwindung der Kategorien links und rechts. Die Bewertung der Demokratie, ihrer Funktionsträger und Institutionen wird in Abschnitt 7 analysiert.

## 6. Links und Rechts - überholte Kategorien?

Das Vorhandensein oder gar die Dominanz von rechten, insbesondere antisemitischen Tendenzen, bestimmte die öffentliche Diskussion über die Montagsmahnwachen. Als Belege dafür dienten Ausschnitte aus Reden, Transparente sowie Äußerungen von Beteiligten in Internetvideos und -kommentaren. Darüber hinaus riefen Organisationen und Parteien der extremen Rechten zur Teilnahme an den Mahnwachen auf, und an mehreren Orten beteiligten sich bekannte Kader. Die Ergebnisse der Befragung zeichnen ein anderes, ambivalentes Bild. Mehrere Indikatoren zeigen die linke Orientierung eines Großteils der Mahnwachenteilnehmer/innen. Diese steht aber neben dem weit verbreiteten Verlangen, sich einer Links-Rechts-Einordnung zu entziehen, und hohen Zustimmungswerten zu einzelnen rechtsextremen Aussagen.

Darum gebeten, sich auf einer Skala zwischen links und rechts einzuordnen, verorteten sich nur zwei Prozent der Befragten rechts von der Mitte; 22 Prozent sehen sich in der politischen Mitte. Deutlich mehr Teilnehmer/innen, nämlich 38 Prozent, ordnen sich auf der linken Seite des politischen Spektrums ein. Darunter sind besonders Aktivist/innen mit Protesterfahrung außerhalb der Mahnwachen. Die Protesterfahrenen ordnen sich zu 48 Prozent links ein (gegenüber 23,2% unter den Befragten ohne Protesterfahrung). Wie bei den vorangegangenen Demonstrationbefragungen bestätigt sich auch bei den Montagsmahnwachen der Trend, dass auch heterogene Proteste eher links dominiert sind (s. Abbildung 7). Im Vergleich zeigt sich aber auch, dass unter den Demonstrierenden gegen den Irakkrieg und gegen Stuttgart 21 der Anteil derer, die sich als Linke bekennen, deutlich größer ist. Bei allen drei Demonstrationen sind die Einordnungen rechts von der Mitte nicht zu vernachlässigen.

Abbildung 7: Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala (Montagsmahnwachen im Vergleich mit anderen Demonstrationen, in Prozent)



Gerade im Vergleich mit anderen Demonstrationbefragungen fällt ein weiterer Wert auf: 39 Prozent der Befragten wollen sich nicht auf der Links-Rechts-Skala einordnen. Ein ähnlich hoher Prozentsatz (44%), entzog sich bei einer Befragung von Occupy-Anhänger/innen dieser Einordnung.<sup>28</sup> Auf den Mahnwachen war die Einteilung in links und rechts mantrahaft als überholt dargestellt worden. Diese Wahrnehmung teilt die überwältigende Mehrheit, nämlich zwei Drittel der Befragten. Sie stimmten der Aussage „Die Einteilung in ‚links‘ und ‚rechts‘ in der Politik ist überholt“ ganz oder teilweise zu.

<sup>28</sup> Brinkmann, Nachtwey und Décieux (2013): Wer sind die 99%? (FN 23), S. 19.

In einigen Fällen geht die Ablehnung des Links-Rechts-Schemas mit einem starken antipolitischen Wunsch nach einer Gesellschaft ohne Widersprüche und Konflikt einher. Dafür stehen folgende Zitate aus der offenen Frage nach den Anliegen der Teilnehmer/innen:

Das Bedürfnis aller Menschen nach Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit als Grundlage für eine weltweite und schichtenübergreifende Diskussion zur Neuordnung der Gesellschaft.

Abschaffung des Schuldgeldes; Abschaffung des Kapitalismus; parteienlose, dezentrale "Demokratie"; Gesellschaftswandel; Abschaffung altpolitischer Paradigmen und Bauernfängerphrasen wie beispielsweise "links" und "rechts".

Ambivalent sind auch die Wahlentscheidungen der Teilnehmer/innen. Bei der letzten Bundestagswahl erhielten drei Parteien im Vergleich mit dem Berliner Ergebnis überdurchschnittlichen Zuspruch von den Mahnwachenteilnehmer/innen: die LINKE (42,6%), die Piratenpartei (15,4%) und die Alternative für Deutschland (12,8%). Ein Drittel hat nicht oder ungültig gewählt. Verglichen mit anderen Demonstrationsbefragungen ist das ein hoher Wert. Wie sich auch in Stuttgart und bei den Hartz IV-Protesten zeigte, sind unter den Protestierenden nur wenige Anhänger/innen der Regierungsparteien. Die Stimmanteile von SPD und CDU summieren sich auf sieben Prozent.

**Tabelle 3: Stimmabgabe bei der letzten Bundestagswahl (N=278)**

	Montagsmahnwachen	Bevölkerung Berlin
Teilgenommen	67,6	72,5
CDU/CSU	3,7	28,5
SPD	3,2	24,6
DIE LINKE	42,6	18,5
Grüne	12,2	12,3
Piratenpartei	15,4	3,6
Alternative für Deutschland	12,8	4,9
Andere	4,3	6,6
Ungültig gewählt	2,5	1,5
Nicht teilgenommen	32,4	27,5

Da bei den Montagsmahnwachen die Deutung im Raum stand, die Proteste seien zur extremen Rechten hin offen, enthielt der Fragebogen zusätzlich zur Selbsteinordnung auf der Links-Rechtsskala und zur Frage nach der letzten Wahlentscheidung Elemente des „Fragebogens zur Rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF)“ auf dem die Studien zum „Rechtsextremismus der Mitte“ aufbauen.<sup>29</sup> Aus diesem Instrument wurden vier von sechs zentralen Dimensionen rechtsextremer Weltbilder ausgewählt (Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus [=Übersteigerter Nationalismus], Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus) und anhand der Zustimmung zu jeweils zwei Aussagen gemessen (s. Tabelle 4).<sup>30</sup>

<sup>29</sup> Oliver Decker, Elmar Brähler und Johannes Kiess (Hrsg.) (2013): Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose, Gießen: Psychosozial-Verlag, Kap. 6; Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn. [http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf\\_12/mitte-im-umbruch\\_www.pdf\\_\[2014-06-07\]](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_12/mitte-im-umbruch_www.pdf_[2014-06-07]); Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler (2014): Die Stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, [http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/mitte\\_leipzig\\_internet.pdf](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/mitte_leipzig_internet.pdf) [2014-06-07], S. 32.

<sup>30</sup> Weggelassen wurden die Dimensionen Ausländerfeindlichkeit und Sozialdarwinismus. Aus den ursprünglich drei Aussagen pro Dimension wurden jeweils die beiden ausgewählt, die die Dimension nach einer Faktorenanalyse am besten repräsentieren. Oliver Decker, Andreas Hinz, Norman Geißler und Elmar Brähler (2013): Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung - Leipziger Form (FR-LF). In: Decker, Kiess und Brähler, Rechtsextremismus der Mitte. (FN 29), S. 208.

**Tabelle 4: Fragen zum Rechtsextremismus (Angaben in Prozent)**

Aussage	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Zustimmung Stimme teils zu/teils nicht zu	Stimme überwiegend zu	Stimme ganz zu
<b>Befürwortung rechtsautoritäre Diktatur</b>					
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	79,8	12,1	5,7	2,0	0,3
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	21,7	15,5	29	14,5	19,3
<b>Chauvinismus</b>					
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	86,4	8,5	2,7	1,4	1,0
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	70,2	12,9	11	3,7	2,2
<b>Antisemitismus</b>					
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	85,6	9,0	3,2	1,4	0,7
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	57,5	17,8	15,8	6,8	2,1
<b>NS-Verharmlosung</b>					
Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	69,0	18,1	9,6	1,8	1,4
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	65,5	21,4	8,2	3,2	1,8

Summiert man die Zustimmung zu allen Aussagen und weist alle Personen aus, die ihnen der Tendenz nach zustimmen, haben nur zwei von 306 Befragten ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild (s. Tabelle 5). In den einzelnen Dimensionen fällt die Zustimmung dagegen größer aus (Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur: 11 Personen, Chauvinismus: 5, Antisemitismus: 4, Verharmlosung des Nationalsozialismus: 3). Allerdings ist die Einordnung bei sieben (Dimension Autoritarismus) bis 20 Prozent (Gesamteinschätzung rechtsextremes Weltbild) der Befragten aufgrund fehlender Werte nicht möglich. Festzuhalten ist also, dass fast alle rechtsextremen Aussagen auf mehrheitliche Ablehnung stießen. Prozentual gesehen bewegen sich die Teilnehmer/innen damit deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt, der in der jüngsten Mitte-Studie ermittelt wurde. Eine Ausnahme von dieser Regel wird allerdings auch sichtbar: die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur übersteigt die in der Gesamtbevölkerung.

Das wird an einer der acht abgefragten Aussagen deutlich, die aus dem Rahmen fällt. Dem Satz „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“ konnten 35 Prozent der Befragten zustimmen - ein Mehrfaches des Wertes in der Gesamtbevölkerung. Offensichtlich befeuert die Unzufriedenheit mit der real erfahrenen Demokratie (s. Abschnitt 7) auch autoritäre-populistische Optionen, die sich in der Begeisterung für „Führungsfiguren des konformistischen Aufgehrens wie Thilo Sarrazin“<sup>31</sup> äußern könnte.

<sup>31</sup> Peter Ullrich (2014): Das Allgemeine Unbehagen. Montagsdemos - Ein ambivalentes Protestphänomen fordert die Friedensbewegung, die politische Linke und unser Verständnis politischer Konfliktlinien heraus, in: Der Freitag, 26.4.2014, <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/das-allgemeine-unbehagen> [2014-06-07].

**Tabelle 5: Anteil rechtsextrem eingestellter Personen (in Prozent)**

	Montagsmahnwachen	Gesamtbevölkerung nach der Mitte-Studie 2014 <sup>32</sup>
Befürwortung Diktatur	3,9	3,6
Chauvinismus	1,1	13,6
Antisemitismus	1,5	5,1
Verharmlosung NS	1,9	2,2
Rechtsextremes Weltbild	0,8	5,6

Dass gemäß dem Instrumentarium des Leipziger Fragebogens nur zwei Personen ein geschlossenes, d.h. rechtsextremes Weltbild haben, heißt also nicht, dass rechtsextreme Einstellungen nicht vorhanden sind. Vielmehr ist, wie schon für den Antisemitismus argumentiert wurde,<sup>33</sup> davon auszugehen, dass rechtsextreme Einstellungsfragmente häufig weit verbreitet und in diesem Sinne ‚normal‘ sind, ohne sich zu einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild zu verdichten. Im Fall der Montagsmahnwachen ist der Einwand, die Fragen würden im Sinne einer sozialen Erwünschtheit beantwortet, besonders ernst zu nehmen. Die Anwürfe gegen die Mahnwachen haben die Aufmerksamkeit auf solche Fragen gelenkt. In den Reden wird die Abgrenzung zu Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus mit großer Regelmäßigkeit betont. Den Befragten war also sehr bewusst, dass sie als Gruppe gerade in Bezug auf den Rechtsextremismus unter Beobachtung stehen. Insofern ist der Vergleich mit den Mitte-Studien, die auf einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung beruhen, nur eingeschränkt möglich.

**Tabelle 6: Zustimmung zu Aussagen aus dem Kontext der Montagsmahnwachen (Angaben in Prozent)**

Aussage	Zustimmung				
	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme teils zu/teils nicht zu	Stimme überwiegend zu	Stimme ganz zu
Amerika bzw. das amerikanische Militär ist nur der Knüppel der FED (US-Notenbank). <sup>34</sup>	1,4	7,5	39,4	30,5	21,1
Die BRD ist kein souveräner Staat. <sup>35</sup>	5,1	9,5	24,0	24,4	37,1
Die Zionisten haben sich weltweit an die Hebel der Macht gesetzt und lassen nun Politik, Börse und auch die Medien nach ihrer Pfeife tanzen. <sup>36</sup>	37,5	15,5	19,7	14,0	13,3
Friedensaktivisten werden derzeit von einer nahezu gleichgeschalteten Presse in die rechte Ecke gestellt. <sup>37</sup>	3,0	0,7	7,4	37,1	51,8

<sup>32</sup> Decker, Kiess und Brähler (2014): Die Stabilisierte Mitte, (FN 29), S. 32.

<sup>33</sup> Peter Ullrich, Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler (2012): Judenfeindschaften - alte Vorurteile und moderner Antisemitismus, in: Ralf Melzer (Hrsg.), Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., S.68–86; hier S. 85; Peter Ullrich (2013): Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs, Göttingen: Wallstein, Kap. 2.

<sup>34</sup> Zitat auf der Internetseite von Lars Mährholz, <http://dabrain.biz/demonstration-gegen-krieg/> [2014-6-15]

<sup>35</sup> Mehrere Quellen

<sup>36</sup> Zitat von Ralf Schurig, in der „Hauptorga“ zuständig für internationale Kontakte, auf seiner Internetseite, <http://spirit.blog.de/2012/12/05/antisemitismus-deutschland-15282190/> [2014-6-15]

<sup>37</sup> Zitat von Ken Jebsen, auf seiner Internetseite, <http://kenfm.de/blog/2014/04/19/friedensdemo5/> [2014-6-15]

Wie weiter oben beschrieben, sind im Kontext der Montagsmahnwachen wiederholt antisemitische, antiamerikanische und verschwörungstheoretische Aussagen dokumentiert. Wir haben den Befragten einige Aussagen mit dieser Tendenz vorgelegt und sie um eine Positionierung dazu gebeten (s. Tabelle 6). Die Aussagen sind nicht zwingend rechtslastig, sondern teilweise auch in anderen politischen Kontexten anschlussfähig. Aber sie verbindet eine ressentimentgeladene, verkürzte Kritik.

Die Befragung zeigt neben einer hohen Zustimmung für diese Form der Kritik zugleich eine betonte Abgrenzung von der organisierten extremen Rechten. Der Aussage „Wenn hier organisierte Neonazis sind, fühle ich mich nicht sicher“ stimmten drei Viertel der Teilnehmer/innen zu. Die Ablehnung des Fremdbildes als rechte Bewegung und die große Ablehnung organisierter Neonazis bleibt insofern rhetorisch, als die Kritik, die an die Bewegung herangetragen wird, in Bausch und Bogen abgelehnt wird. Zwei Drittel lehnen die Aussage, „es gibt berechtigte Kritik an den Reden auf den Montagsmahnwachen“ ab (s. Abschnitt 7). Zumindest Teile der rechtsaffin eingestellten Personen unter den Mahnwachenteilnehmer/innen haben offensichtlich ein gegenteiliges Selbstbild. Dies ist sicher auch eine Folge der Tabuisierung und Bekämpfung des Rechtsextremismus in weiten Teilen der medialen Öffentlichkeit<sup>38</sup> im Allgemeinen und der Kritik an den Montagsmahnwachen im Besonderen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bewegung der Montagsmahnwachen nicht als rechte Bewegung zu verstehen ist. In weiten Teilen ist sie klar links orientiert, was sich in Wahlverhalten und politischer Selbsteinschätzung zeigt. Zugleich gibt es das starke Bestreben, sich der rechts-links-Einordnung zu entziehen, also ein Selbstbild, das die Einteilung in rechts und links zurückweist. Dazu kommen relevante Anteile der Befragten, unter denen nicht weltbildhaft ausgeformte rechtsextreme Ideologeme zustimmungsfähig sind. Besonders antiamerikanische und verschwörungstheoretische, aber auch antizionistisch-antisemitische und autoritäre Einstellungen haben eine teils große Verbreitung. Diese Koexistenz von zumindest aus Beobachterperspektive widersprüchlich erscheinenden Inhalten wird aber anscheinend kaum als problematisch empfunden. Das in der Diskussion vielfach thematisierte Szenario der Herausbildung einer Querfront-Bewegung, die linke und rechte Inhalte integriert, erscheint vor dem Hintergrund der widersprüchlichen Daten durchaus plausibel.

---

<sup>38</sup> Vgl. das Theorem vom Antisemitismus ohne Antisemiten: Bernd Marin (1979): Ein historisch neuartiger „Antisemitismus ohne Antisemiten“? Beobachtungen und Thesen am Beispiel Österreichs nach 1945, in: Geschichte und Gesellschaft 5 (4), S. 545–569.

## 7. Einstellungen zu Demokratie, Institutionen und politischer Praxis

Ein zentraler Ausgangspunkt für politische Einschätzungen und Bewertungen ist die Wertschätzung von Demokratie als der normativen Grundlage, auf der konkrete politische Institutionen, Akteure und Prozesse beurteilt werden. Die Befragten sollten auf einer sechsstufigen Skala angeben, was sie „im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen“, wobei ausdrücklich betont wurde, dass es nicht um die Beurteilung der tatsächlich bestehenden Demokratien gehe (s. Tabelle 7).

**Tabelle 7: Aussagen zur Idee der Demokratie (Angaben in Prozent)**

	Sehr dafür	Ziemlich dafür	Etwas dafür	Etwas dagegen	Ziemlich dagegen	Sehr dagegen	Weiß nicht
Was würden sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen?	60,8	30,9	5,2	0,3	2,1	---	0,7

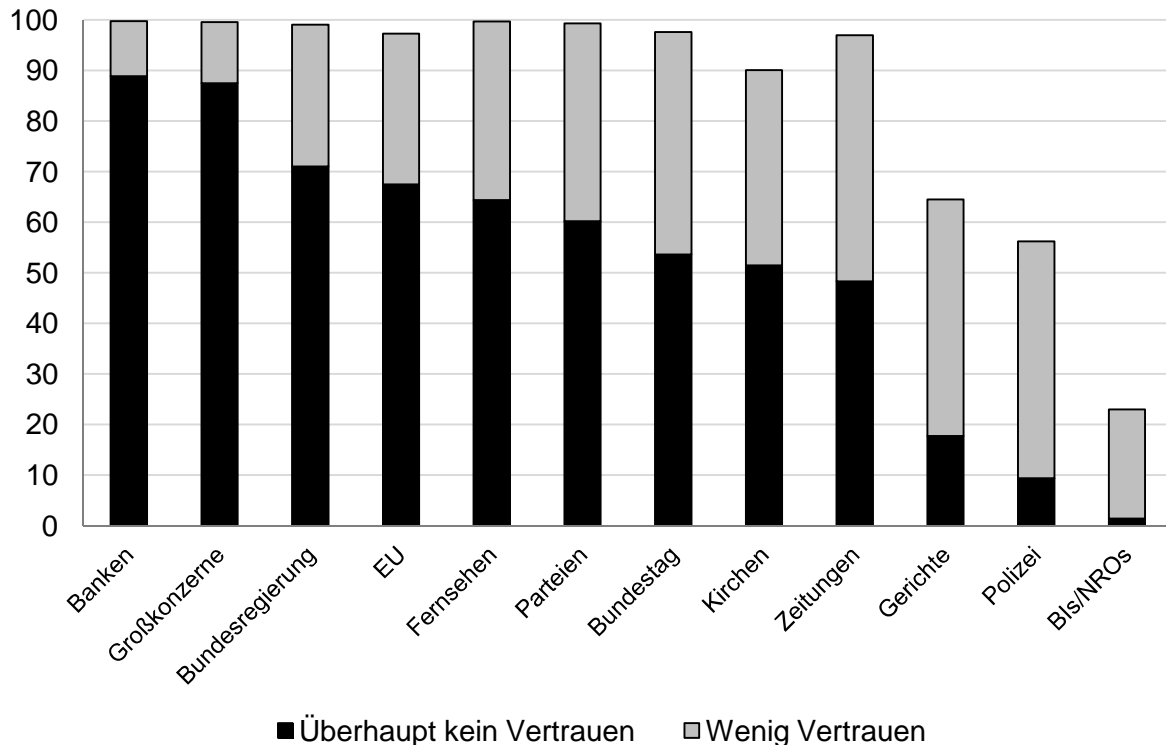
Die Idee der Demokratie genießt demnach eine hohe Wertschätzung (91,7% sind sehr oder ziemlich dafür), die sogar leicht über der Zustimmung der Gesamtbevölkerung liegt (nach der Mitte-Studie 2014: 91,3%). Es ist bemerkenswert, dass keine/r der Befragten die Idee der Demokratie kategorisch ablehnt.

Eine andere Sache ist freilich die Beurteilung der politischen Realität, die wir mit einer ganzen Reihe von Fragen ermittelt haben. Zum ersten ging es um das Vertrauen in gesellschaftlich relevante Akteure und Institutionen. Die Befragten wurden mit einer Liste von Gruppen und Institutionen konfrontiert und sollten auf einer vierstufigen Skala den jeweiligen Grad ihres Vertrauens angeben. Neben den Positionen „sehr viel“, „ziemlich viel“, „wenig“ und „überhaupt kein Vertrauen“ bestand noch die Antwortmöglichkeit „weiß nicht“.

Auffällig ist, dass allen abgefragten Institutionen sehr wenig Vertrauen entgegen gebracht wird. Abbildung 8 weist vor diesem Hintergrund nur die Anteile für „wenig“ oder „überhaupt kein Vertrauen“ aus. Im Gesamtbild zeigt sich eine enorm hohes Maß an Misstrauen gegenüber etablierten gesellschaftlichen und politischen Akteuren bzw. Institutionen. Die Summe der beiden Kategorien „wenig Vertrauen“ und „überhaupt kein Vertrauen“ liegt mit wenigen Aussagen nahe 100 Prozent. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass nur wenige der Befragten diesen Akteuren "ziemlich viel" oder gar "sehr viel" Vertrauen schenken. Banken und Großkonzerne weisen dabei besonders hohe Anteile für „überhaupt kein Vertrauen“ auf (88,9, bzw. 87,5%). Auch Kirchen schneiden schlecht ab und die beiden Mediengattungen Fernsehen und Zeitungen erscheinen angesichts der Kritik an der Berichterstattung zum Ukraine-Konflikt und zu den Montagsmahnwachen selbst, in schlechtem Licht. Auffällig besser schneiden dagegen Gerichte und Polizei ab, die wohl eher als Ordnungsinstanzen denn als interessengeleitete Akteure wahrgenommen werden. Doch auch bei Ihnen überwiegt das Misstrauen. Allein Bürgerinitiativen und Nicht-Regierungsorganisationen stehen dem Gesamtbild entgegen. Nur wenige der Befragten bedenken sie mit "überhaupt kein Vertrauen" (1,4%). Ein teilweise ähnliches Bild hatte sich bei der Befragung der Proteste gegen Stuttgart 21 ergeben. Die Bundesregierung und die Parteien wurden mit 87, bzw. 72 Prozent Misstrauen ähnlich schlecht, wenn auch nicht so eindeutig negativ bewertet. Auch dem Bundestag wurde von den Stuttgarter Befragten deutlich weniger Misstrauen entgegengebracht (61,9%). Bei dem Vergleich ist zu berücksichtigen, dass im Stuttgarter Fragebogen eine Mittelkategorie und damit die Möglichkeit, sich nicht eindeutig zu positionieren, vorgesehen war. Auffallend ist gegenüber den Gegner/innen von Stuttgart 21 auch eine andere Zahl: Bei den Medien (in Stuttgart als Überbegriff abgefragt) überwogen die positiven und neutralen

Einschätzungen, obwohl es auch in Stuttgart eine deutliche Kritik an der Berichterstattung der regionalen Medien gegeben hatte.

Abbildung 8: Vertrauen in Gruppen und Institutionen (Angaben in Prozent)



Auch von der Gesamtbevölkerung, die den relevanten ökonomischen Akteuren und politischen Institutionen wesentlich weniger misstraut, unterscheiden sich die Mahnwachenteilnehmer/innen deutlich. Das gilt vor allem für die Bundesregierung (54% Misstrauen laut World Value Survey<sup>39</sup>) und das Fernsehen (54,7%). Aber auch Großkonzerne (70,1%), Banken (73,7%), Parteien (73,6%), Polizei (27,7%) und Gerichte (26,4%) ziehen in der Gesamtbevölkerung deutlich weniger Misstrauen auf sich als unter den Befragten.

Das deutlich überhöhte Misstrauen gegenüber den Medien Fernsehen und Zeitungen, weist auf die besondere Situation hin, in der sich die Teilnehmer/innen der Montagsmahnwachen wiederfinden. Die Wahrnehmung der Berichterstattung zur Ukraine-Krise und zu den Mahnwachen lässt die Befragten an der Rolle der Medien als Kontrollinstanz zweifeln. In diesem Sinne zeigen die Daten eine deutliche Frontstellung gegenüber den etablierten Medien, die die Montagsmahnwachen in besonderer Weise auszeichnet. An anderer Stelle zeigt sich der Umgang mit Kritik, die an die Proteste herangetragen wird. Trotz der umfangreichen Dokumentation problematischer Äußerungen im Kontext der Mahnwachen sehen die Befragten die Kritik an den Reden mehrheitlich als nicht gerechtfertigt an. Nur acht Prozent stimmen der Aussage „es gibt berechtigte Kritik an den Reden der Montagsmahnwachen“ zu. Diese Abschottung gegenüber Kritik zeigt einen Prozess der Schließung, in dem Kritik von außen die eigene Position zu bestätigen scheint.

Dem enorm hohen Grad an Misstrauen gegenüber etablierten gesellschaftlichen und politischen Akteuren entsprechen skeptische und kritische Einschätzungen bezüglich einer Reihe von weiteren Fragen. Zentral ist hier zunächst die Einschätzung, ob die Bundesrepublik Deutschland als ein funktionierendes politisches System wahrgenommen wird und ob die Befragten selbst glauben, auf das Tun der Regierung Einfluss nehmen zu können.

<sup>39</sup> World Value Survey Wave 6 2010-2014 Official Aggregate v.20140429. World Values Survey Association ([www.worldvaluessurvey.org](http://www.worldvaluessurvey.org)). Aggregate File Producer: Asep/JDS, Madrid Spain.



**Tabelle 8: Funktionieren des politischen Systems und eigener Einfluss auf Regierung (Angaben in Prozent)**

Aussage	Bewertung			
	Trifft überhaupt nicht zu	Trifft eher nicht zu	Trifft eher zu	Trifft voll und ganz zu
Unser politisches System, also die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, funktioniert gut	47,1	46,8	5,8	0,3
Leute wie ich haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut	11,7	12,1	36,9	39,9

Die überragende Mehrzahl der Befragten widerspricht eher oder völlig der Ansicht, das politische System der Bundesrepublik funktioniere gut (93,9%). In der Gesamtbevölkerung liegt diese Zahl deutlich unter 50 Prozent (laut Mitte-Studie 2014). Gut drei Viertel der Demonstrierenden (76,2%) meinen zudem, keine oder nur geringe Einflussmöglichkeiten auf das Tun der Regierung zu haben. In diesem Punkt unterscheiden sich die Demonstrierenden nicht sehr vom Durchschnitt der Gesamtbevölkerung (laut Mitte-Studie 2012: 77,6%).<sup>40</sup> In beiden Fällen gilt, dass die Skepsis in zwei Teilgruppen besonders hoch ist: unter den Teilnehmenden, die sich an Wahlen nicht beteiligen und solchen mit Hauptschulabschluss. In beiden Gruppen lehnten fast zwei Drittel die Einschätzung, die Demokratie in der Bundesrepublik funktioniere gut, mit der größtmöglichen Deutlichkeit ab („trifft überhaupt nicht zu“). Unter den Protestunerfahrenen findet die Aussage dagegen gegenüber der Vergleichsgruppe mehr Zuspruch. Allerdings geht die Erfahrung mit Protesten eher mit einer gesteigerten Wahrnehmung der Selbstwirksamkeit einher. Nur ein Drittel der Protestneulinge geht davon aus, dass sie einen Einfluss auf die Regierenden haben. Unter den Protesterfahrenen liegt der Wert bei knapp 50 Prozent.

Auch in der Befragung zeigen sich damit Zusammenhänge zur Teilnahme an Wahlen und zu politischen Einstellungen, die sowohl in repräsentativen Bevölkerungsbefragungen als auch in den vorangegangenen Demonstrationsbefragungen zu finden sind. So gehen die Teilnahme an Protesten und ein hoher Bildungsabschluss tendenziell mit der Beteiligung an Wahlen einher. Zudem schätzen Personen, die durch einen hohen Bildungsabschluss privilegiert sind, das Funktionieren der Demokratie positiver ein und sie glauben eher, dass sie auf Entscheidungsträger/innen Einfluss nehmen können.

### *Zwei Gruppen: Anhänger/innen von Kernanliegen der Mahnwachen-Organisator/innen und Distanzierte*

Um die heterogene Menge der Demonstrierenden zu strukturieren, haben wir die Zustimmung zu den in Abschnitt 6 zitierten Aussagen (s. Tabelle 6) sowie die Bewertung der Kritik an den Mahnwachen und die Akzeptanz der Links-Rechts-Skala zu einem Unterscheidungskriterium zusammengefasst. Wer den oben angegebenen Aussagen in der Tendenz zustimmt und Kritik sowie die Einteilung in Links und Rechts eher ablehnt, wird als Anhänger/in der Kernanliegen der Montagsmahnwachen-Organisator/innen kategorisiert (239 Personen). Wer den zentralen Aussagen der Tendenz nach skeptisch gegenübersteht, fällt in die Gruppe der distanzierten Teilnehmer/innen (67 Personen). Dass diese Distanz auch eher der eigenen Wahrnehmung entspricht, zeigt sich in der Selbstbezeichnung. Gefragt, ob sie sich als Teilnehmer/innen oder als Zuschauer/innen der Montagsmahnwachen verstehen, zieht mehr als ein Viertel der Distanzierten die Kategorie des/der Zuschauer/in vor.

Zunächst ist erstaunlich, dass sich beide Gruppen in Bezug auf zentrale Dimensionen statistisch überhaupt nicht unterscheiden. Alter, Geschlecht und Bildung sind in beiden Gruppen ähnlich verteilt.

<sup>40</sup> Mit diesen Befunden korrespondiert eine skeptische Einschätzung im Hinblick auf die Aussage: „Die meisten Politiker interessieren sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute.“ Dem stimmten 77 Prozent ganz oder teilweise zu. Damit liegen die Teilnehmer/innen knapp über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung (76,2% Zustimmung laut Allbus 2012).

Auch die Form der Mobilisierung, also die für die Entscheidung zur Teilnahme genutzten Informationswege und relevanten Gruppen, unterscheidet sich nicht. Die Kerngruppe gab zwar häufiger soziale Netzwerke als relevanten Informationskanal an (82,1% gegenüber 71,2%), aber auch diese Differenz ist statistisch nicht signifikant, d.h. die Wahrscheinlichkeit, dass sie auch zufällig zustande gekommen sein könnte, liegt über fünf Prozent (s. Tabelle 7).

**Tabelle 9: Unterschiede zwischen Teilnehmer/innen mit Nähe und Distanz zu zentralen Aussagen der Mahnwachen-Organisator/innen (Angaben in Prozent, n.s = statistisch nicht signifikant \*/\*\*/\*\* = signifikant mit 5/1/0,1 Prozent Fehlerwahrscheinlichkeit)**

		Nah (N = 239)	Distanziert (N = 67)
Identität *	Zuschauer/in	14,7	26,9
Links-Rechts-Skala ***	verortet sich links	28,0	71,3
	verortet sich nicht	44,0	19,7
Protesterfahrung **	Protestneuling	46,0	26,9
Informationswege n.s.	soziale Netzwerke genannt	82,1	71,2
Wahlentscheidung *	DIE LINKE gewählt	37,3	55,6
	AfD gewählt	17,2	1,9
Wahlenthaltung ***	nicht oder ungültig gewählt	40,4	16,9
Demokratie funktioniert ***	Trifft überhaupt nicht zu	54,8	20,0
Vertrauen in Institutionen ***	Durchschnittliches Vertrauen über alle Institutionen (zwischen -2 und 2) <sup>41</sup>	-1,3	-1,0

Unterschiede zeigen sich allerdings in der Einschätzung der Demokratie und ihrer Institutionen. Generell ist die Kritik in der Kerngruppe deutlicher ausgeprägt. Über die Hälfte der Teilnehmer/innen in dieser Gruppe lehnt die Aussage, die Demokratie in der Bundesrepublik funktioniere gut, mit großer Vehemenz ab. In der Vergleichsgruppe ist die Kritik deutlich verhaltener. Das zeigt sich auch am Vertrauen in Institutionen. Der Durchschnitt aller Einschätzungen ist bei der Gruppe, die wichtigen Anliegen der Organisatoren skeptisch gegenüber steht, weist immer noch fehlendes Vertrauen aus. Die Einschätzungen sind aber signifikant positiver. Die heftige Kritik am politischen System setzen Teilnehmer/innen in der Kerngruppe deutlich eher dadurch um, dass sie sich nicht an Wahlen beteiligen.

Wenn diese Gruppe sich an Wahlen beteiligt, neigt sie seltener der Partei DIE LINKE zu. Die Anhänger dieser Partei finden sich eher unter den Teilnehmer/innen mit größerer Distanz zu den Organisatoren. Dagegen stimmten unter den eher Distanzierten nur zwei Prozent bei den letzten Bundestagswahlen für die AfD. In der anderen Gruppe sind es mit 17 Prozent mehr als dreimal so viele wie im Berliner Durchschnitt. Vor diesem Hintergrund verwundert die Selbsteinordnung auf der Links-Rechts-Skala wenig. Unter den Distanzierten sehen sich 71 Prozent links der Mitte, der Anteil derer, die sich nicht auf der Skala einordnen wollen, ist in dieser Gruppe um mehr als die Hälfte kleiner als in der Vergleichsgruppe. Die Distanz zu den Kernanliegen der Protestorganisatoren ist unter jenen Befragten größer, die außerhalb der Mahnwachen schon Erfahrungen mit Protesten gesammelt haben. Anders herum formuliert sind die Montagsmahnwachen für fast die Hälfte der Kerngruppe das erste Mal, dass sie mit Straßenprotest in Berührung kommen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Teilnehmer/innen der Montagsmahnwachen eine grundlegende Unzufriedenheit mit der politischen Realität in der Bundesrepublik auf die Plätze treibt. Sie entzündet sich an der Politik der Bundesrepublik und anderer westlicher Akteure in der Ukraine Krise und ist amalgamiert mit einem allgemeinen Misstrauen gegenüber den öffentlich-rechtlichen und kommerziellen Medien. Die ermittelten Einstellungen deuten auf einen hohen Grad an Misstrauen

<sup>41</sup> „überhaupt kein Vertrauen“ entspricht einem Wert von -2, „wenig Vertrauen“ -1, „ziemlich viel Vertrauen“ 1 und „sehr viel Vertrauen“ 2.

und Kritik im Hinblick auf das etablierte politische System. Insgesamt ist die Distanz der Demonstrierenden gegenüber den etablierten politischen und gesellschaftlichen Institutionen größer und ihre Kritik harscher als in der Gesamtbevölkerung. Das gilt in besonderem Maß für die Gruppe, die mit Kernargumenten der Mahnwachen-Organisator/innen übereinstimmt.

## 8. Abschließende Deutung

Vor allem in linken Kreisen waren die Montagsmahnwachen und ihre Protagonist/innen äußerst umstritten. Wo stehen aber die Menschen, die sich an diesen Protesten beteiligen? Wie sind sie politisch zu verorten? Sind die kritisierten Einzelpersonen repräsentativ für die gesamte Bewegung? Unsere Befragung bringt etwas Licht in das Dunkel der Spekulationen, und sie ergänzt die umfangreiche Dokumentation der Ereignisse von Anhänger/innen und Kritiker/innen der Mahnwachen.

Insgesamt ergibt sich ein klareres, aber nicht von Widersprüchen freies Bild. Die Montagsmahnwachen sind eine männlich dominierte Bewegung der 25-40-Jährigen, für die das Internet das Schlüsselmedium ist. Es dient der Organisation und der Verbreitung und Bewertung von Informationen. Und es ist das Medium, über das die meisten Teilnehmer/innen zu den Mahnwachen gefunden haben. Ein großer Teil von ihnen hatte vor den Mahnwachen keine Erfahrungen mit Straßenprotesten, war aber bei Petitionen und Online-Protesten durchaus politisch aktiv. Parteipolitisch neigen viele zur LINKEN, aber auch die AfD findet hier überdurchschnittlich viele Unterstützer/innen. Zum einen gibt es einen deutlichen Wunsch nach Abgrenzung von der extremen Rechten und den Widerspruch zu der Darstellung als „neurechte Bewegung“. Zum anderen bestehen aber auch hohe Zustimmungsraten zu antisemitischen, antiamerikanischen und autoritären Aussagen. Bei einer Minderheit der Teilnehmer/innen finden sich rechtsextreme Einstellungsfragmente, die sich aber keineswegs zu einer konsistenten rechten Grundhaltung verdichten. Mehr als ein Drittel definiert sich als politisch links, während 40 Prozent sich auf der Links-Rechts-Achse nicht einstufen wollen, weil sie diese Zuordnung für überholt halten.

Es gilt wohl für alle Befragten, dass sie sich im etablierten politischen Gefüge, also den bestehenden politischen Institutionen und Großorganisationen, nicht repräsentiert sehen. Die Mahnwachen sind Teil einer Suche nach neuen Ausdrucksformen. Die meisten Befragten sind nicht durch eine Einbindung in bestimmte Szenen oder Netzwerke „ideologisch gefestigt“. Diese Ungebundenheit und Heterogenität erklärt zumindest zum Teil auch die widersprüchlichen Ergebnisse. Zugleich sind die Mahnwachenteilnehmer/innen nicht amorph. Ein Großteil sieht sich durch die Kritik seitens der Medien und linker Aktivist/innen eher bestätigt als verunsichert. Viele haben in den Mahnwachen eine Art politischer Heimat jenseits der hergebrachten Organisationen und politischen Sortierungen gefunden, die nun auch vehement gegen Kritik verteidigt wird.

Insgesamt bleibt somit der Eindruck einer doppelten Ambivalenz. Dies betrifft die Gleichzeitigkeit einer Kritik von links und rechts und die deutlichen Anzeichen einer politischen Entfremdung gegenüber dem bestehenden System. Diese äußert sich, bei einer durchgängig hohen Wertschätzung der Idee der Demokratie, in einem nahezu totalen Misstrauen gegenüber etablierten politischen Institutionen, Medien und gesellschaftlichen Großorganisationen und einer deutlichen Kritik an der Selbstbezogenheit der politischen Klasse. Insofern sind die Demonstrierenden Ausdruck dessen, was in der Politikwissenschaft als Postdemokratie<sup>42</sup> bezeichnet wurde. Sie vertreten ein Aufbegehren gegen die erlebte Entleerung der Demokratie, die für viele nur mehr als Hülle und Symbol zu bestehen scheint. Gleichzeitig ist das Aufbegehren aber diffus und in weiten Teilen apolitisch. Es verbleibt bei einem ultraliberalen Nebeneinander verschiedener, z.T. widersprüchlicher Anliegen.

Vieles an den Montagsmahnwachen erinnert an die Occupy-Proteste von 2011: das rasche, fast unvermittelte Aufblühen der Bewegung, die Unsortiertheit der Teilnehmer/innen, das Fehlen und die Ablehnung fester politischer Bindungen und Strukturen, die Inszenierung von Spontaneität, Gefühlsausdruck und Unprofessionalität, das Fernhalten aller Insignien bekannter Organisationen, das Fehlen konkreter gemeinsamer Ziele, die dominante Mobilisierung über neue Medien, insbesondere soziale Netzwerke im Internet. Ähnlich wie bei Occupy erscheint es nicht unwahrscheinlich, dass die

---

<sup>42</sup> Colin Crouch (2008): Postdemokratie, Berlin: Suhrkamp. Siehe auch den Themenschwerpunkt zu Protest in der Postdemokratie in Heft 1/2014 des Forschungsjournal Soziale Bewegungen, <http://forschungsjournal.de/jahrgaenge/2014heft1?page=5> [2014-6-15]

Montagsmahnwachen durch ihre inneren Widersprüche und die fehlende strategische Orientierung an Attraktivität verlieren. Dem entsprechen auch Eindrücke vom Geschehen auf der Bühne, bei dem Authentizität, Spontaneität und politische Naivität Hand in Hand gehen und gerade auch in diesen Momenten beklatscht werden. Allerdings verspricht die Abschottung nach außen zugleich einen Zusammenhalt, der die Gruppe zu stabilisieren vermag; der aber zumindest bei einer Teilgruppe mit Ressentiments und einer autoritären Option verbunden ist.